

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
AUSSCHUSSES FÜR BAUEN,  
STADTENTWICKLUNG UND  
ORDNUNG**

<b>Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:</b> 44. BSO 2014-2020 <b>Sitzungsdatum:</b> 03.07.2019  <b>Niederschrift</b>
--

Übach-Palenberg, den 03.07.2019

Unter dem Vorsitz von Oliver Walther versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.19
2. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes - Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus -  
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
3. Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - 7. Änderung  
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
4. 55. Änderung des Flächennutzungsplanes - Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
5. Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
6. Bebauungsplan Nr. 53 Dionysiusstraße 4. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
7. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11. vereinfachte Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
8. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 12. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

9. Bebauungsplan Nr. 80 - Borsigstraße - 2. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
  10. Bebauungsplan Nr. 84 – Daimlerstraße – 1. Änderung  
Hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
  11. Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
  12. Sachstand zur Umsetzung des Parkraumkonzepts
  13. Antrag der FDP-USPD-Fraktion vom 22.06.2018 gem. § 4 GeschO betr. Verkehrssituation Talstraße 39-51
  14. Erweiterungen zur Tagesordnung
  15. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
16. Abgrabungsvorhaben zur Gewinnung von Kies und Sand in Frelenberg  
hier: Antrag der Willy Dohmen GmbH & Co KG auf Abgrabungserweiterung gemäß Abgrabungsgesetz
  17. Erschließungsvertrag für Grundstück Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 16, Flurstück 1622 In d'r Gang
  18. Vergabeangelegenheiten:
    - 18.1. Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen
    - 18.2. Neugestaltung des Rathausplatzes - Vergabe zur Lieferung und Montage der Straßenbeleuchtung
    - 18.3. Ergänzung der Straßenbeleuchtung in der Brünestraße
    - 18.4. Modernisierung Gymnasium  
Abbrucharbeiten
    - 18.5. Modernisierung Gymnasium  
Tiefbauarbeiten Containerschule
    - 18.6. Modernisierung Gymnasium  
Containerschule
    - 18.7. Modernisierung Gymnasium  
Vergabe Fassadensanierung
    - 18.8. Vergabe Rahmenverträge Trockenbauarbeiten und Parkettarbeiten
  19. Erweiterungen zur Tagesordnung

- 19.1. Rahmenvertrag Zustandserfassung der Kanalisationsanlagen 2019 bis 2021 - Kanalreinigung und -inspektion
20. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
- 20.1. Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - 7. Änderung hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Brigitte Appellrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Kozián
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Claudia Burghardt	SPD	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Fibus
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Görtz
Herr Robert Kohnen	CDU	abwesend während TOP 18.6
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

**Sachkundige Bürgerinnen und Bürger**

Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Ralf Gottschlich	CDU	als persönlicher Vertreter für sachkundigen Bürger Meyer

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Klaus-Giso Bernhardt	SPD
Herr Sebastian Schröter	CDU

**Abwesende sachkundige Einwohner**

Frau Carla Glashagen	B90/Die Grünen
----------------------	----------------

**Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Peter Lürken	parteilos
-------------------	-----------

**Verwaltungsbedienstete**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch  
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz  
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek  
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen  
Frau Stadtverwaltungsrätin Maria Luise Hermanns  
Herr Stadtoberinspektor Thomas de Jong

Herr Technischer Angestellter Peter Steingass  
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

**Schriftführerin**

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Walther** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, Zuschauer und die Vertreterin der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

**A) Öffentliche Sitzung**

**1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.19**

---

**Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2019 wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig.**

**2 47. Änderung des Flächennutzungsplanes - Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

---

**Ausschussvorsitzender Walther** wies darauf hin, dass in der unter Punkt 2 der Beschlussempfehlung aufgeführten Abwägungstabelle unter NR. 3 „Erftverband“ der Abwägungsvorschlag fehle. Dieser laute „Die Stellungnahme wird berücksichtigt“. Er werde diesen Abwägungsvorschlag bei der Abstimmung entsprechend berücksichtigen.

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erläuterte die **Verwaltung**, dass im Landschaftspflegerischen Begleitplan der Ausgleich für die Eingriffe in das Schutzgut Luft/Klima definiert sei. Es werde dafür nach aktuellem Stand eine Aufforstung im Bereich der Tevereiner Heide durchgeführt werden.

**Beschlussempfehlung:**

- 1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle**

(siehe Anlage) entschieden. Die Abwägungstabelle wird unter Nr. 3 Erftverband um den Abwägungsvorschlag „Die Stellungnahme wird berücksichtigt.“ ergänzt. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)

3. Der Planentwurf zur 47. Änderung des Flächennutzungsplanes – Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus - wird beschlossen. (Der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 47. Änderung des Flächennutzungsplanes – Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

### Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

*(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt.)*

### **3 Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - 7. Änderung** **hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

---

**Ausschussvorsitzender Walther** wies darauf hin, dass in der unter Punkt 2 der Beschlussempfehlung aufgeführten Abwägungstabelle unter NR. 1 „Name des Antragstellers siehe SV 1182“ der Abwägungsvorschlag fehle. Dieser laute „Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.“. Er werde diesen Abwägungsvorschlag bei der Abstimmung entsprechend berücksichtigen.

Die **Verwaltung** schlug eine Änderung in dem Entwurf der textlichen Festsetzung vor (Anlage Nr. 3 der Sitzungsvorlage). Aus gegebenem Anlass empfehle sie, den Passus zum Annex-Handel im Gewerbe- und Industriegebiet um die Formulierung „Auch vom Annex-Handel ausgeschlossen ist der Einzelhandel mit Kfz und Lkw“ zu ergänzen.

Da gegen die von der Verwaltung vorgebrachte Änderung keine Einwände erhoben wurden, erklärte **Ausschussvorsitzender Walther**, dass er diese in die Beschlussempfehlung aufnehme.

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass das Verkehrsgutachten noch nicht fertig sei, sie jedoch gerne schon in die Offenlage gehen würde, um Verzögerungen im weiteren Verfahren zu vermeiden. Nach aktuellem Stand seien durch das Verkehrsgutachten keine wesentlichen Änderungen und Anpassungen zu erwarten. Sobald das Gutachten vorliege, würde sie dieses den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis geben. Weiterhin beantwortete sie Rückfragen zur Verkehrssituation.

**Beschlussempfehlung:**

1. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
2. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. Die Abwägungstabelle wird unter Nr. 1 Name des Antragstellers siehe SV 1182 um den Abwägungsvorschlag „Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.“ ergänzt. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der Planentwurf zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 – Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - wird mit der Änderung beschlossen, dass die textlichen Festsetzungen zum Annex-Handel im Gewerbe- und Industriegebiet um die Formulierung „Auch vom Annex-Handel ausgeschlossen ist Einzelhandel mit Kfz und LKW.“ Ergänzt wird. (Der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.) Vor der öffentlichen Auslegung können sich noch Änderungen am Plankonzept ergeben.
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 – Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

*(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 1 und 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt.)*

- 4 **55. Änderung des Flächennutzungsplanes - Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
- 

Alle Fraktionen begrüßten die Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel.

**Beschlussempfehlung:**

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes – Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel - aufgestellt. (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zu 1: 13 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

Zu 2 und 3: Jeweils einstimmig.

- 5 **Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße - wird gefasst.

**Umfang der Änderungen:**

Änderung der Art der baulichen Nutzung einer Grünfläche in Reines Wohngebiet  
Rücknahme einer Fläche für Versorgungsanlagen (Umformerstation)

**Betroffene Flurstücke:**

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 63, Flurstück 2516

2. Der Entwurf der 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße - wird beschlossen. (Der Entwurf der 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße – ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig.

**6 Bebauungsplan Nr. 53 Dionysiusstraße 4. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

---

**Beschlussempfehlung:**

1. . Der Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 Dionysiusstraße wird gefasst.

**Umfang der Änderungen:**

Einbeziehung eines Grundstücks in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Festsetzung Art und Maß der baulichen Nutzung

Erweiterung einer Mischverkehrsfläche

**Betroffene Flurstücke:**

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 16, Flurstücke Flurstücksnummern 1789, 1822

2. Der Entwurf der 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 Dionysiusstraße wird beschlossen. (Der Entwurf der 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 Dionysiusstraße ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig.

**7 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11.vereinfachte Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

---

Die **CDU-Fraktion** schlug vor, unter Punkt 1 der Beschlussempfehlung unter Umfang der Änderungen die Begrifflichkeiten „Balkone“ und „Altanen“ zu streichen. Damit werde verhindert, dass es im Obergeschoss zu einer Überschreitung der hinteren Baugrenze komme.

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte klar, dass mit den geplanten Änderungen Terrassenüberdachungen und Wintergärten im Erdgeschossbereich ausdrücklich erlaubt seien.

Die anderen Fraktionen befürworteten diesen Vorschlag, sodass **Ausschussvorsitzender Walther** über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen ließ.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 11. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd - wird gefasst.

**Umfang der Änderungen:**

Ergänzung der textlichen Festsetzung zur Überschreitung der hinteren Baugrenze mit Terrassenüberdachungen und Wintergärten

**Betroffene Flurstücke:**

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 3, Flurstück 813, 814, 815, 816

2. Der Entwurf der 11. vereinfachten Änderung wird mit der Änderung beschlossen, dass in den textlichen Festsetzungen die Begriffe „Balkone“ und „Altane“ gestrichen werden. (Der Entwurf der 11. Vereinfachten Änderung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriften-sammlung enthalten).
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig.

- 8 **Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 12. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**  
hier: **Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

Aufgrund der Anregung der **SPD-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass sie den Vorschlag zur Begrünung des Rathausplatzes in Form von Bäumen und Grünstreifen an den Investor herantragen werde.

Aufgrund der im öffentlichen Raum verlaufenden Versorgungsleitungen könne sie sich den Vorschlag der **FDP-USPD-Fraktion** vorstellen, dass anstatt Bäumen versetzbare Pflanzkästen aufgestellt werden. Diese seien gut mit der Multifunktionalität des Platzes zu vereinbaren.

Die **CDU-Fraktion** regte an, die zulässige Traufhöhe zu überdenken und diese gegebenenfalls anzupassen bzw. nach Möglichkeit zu senken.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB geändert.

**Umfang der Änderungen:**

Einziehung einer Verkehrsfläche auf dem Rathausplatz und Ausweisung ei-

nes Kerngebietes (MK) zwecks Erweiterung des vorhandenen Gebäudes mit dem Nutzungszweck Gaststätte/Biergarten.

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen. (Der Änderungsentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zu 1: Jeweils einstimmig bei zwei Enthaltungen.

Zu 2: Einstimmig bei einer Enthaltung.

Zu 3: Einstimmig.

**9 Bebauungsplan Nr. 80 - Borsigstraße - 2. Änderung gem. § 13 a BauGB hier: erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

---

Die **Verwaltung** beantwortete Rückfragen der Ausschussmitglieder zur Verkehrsplanung.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 80 – Borsigstraße – wird gem. § 13 a BauGB geändert.

**Umfang der Änderungen:**

Die Festsetzung „Bereich ohne Ein- und Ausfahrten“ entlang der Roermonder Straße wird teilweise aufgehoben.

Die Fläche mit Pflanzgebot darf für die Anlage jeweils einer Zufahrt pro Grundstück unterbrochen werden.

Vergrößerung der überbaubaren Flächen

**Betroffene Flurstücke:**

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 15, Flurstücke Flurstücksnummern 1255, 1347, 1353, 1361, 1426, 1434

2. Das Plankonzept zur 2. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 80 – Borsigstraße – wird beschlossen. (Das Plankonzept zur 2. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 80 – Borsigstraße – ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig.

- 10 **Bebauungsplan Nr. 84 – Daimlerstraße – 1. Änderung**  
**Hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

**Beschlussempfehlung:**

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 - Daimlerstraße - aufgestellt. (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig.

- 11 **Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB**  
**hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte dass sie das Baugebiet Marienhöhe nicht unterstütze. Sie äußerte die Befürchtung, dass der ursprüngliche Entwurf der Wohnbaufläche Mariental nun scheinbarweise umgesetzt werde.

Die **CDU-Fraktion** regte unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes an, die Dachflächen der Gebäude schon in der Planung so auszurichten, dass eine Nutzung für Solarenergie möglich sei.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie in Anbetracht der großen Nachfrage an Grundstücken zustimmen werde. Sie regte jedoch an, sich an der Bestandsbebauung des Marienhofs zu orientieren und eine verpflichtende Gestaltungssatzung für das Baugebiet zu erlassen, in der dann ein gestalterischer und ökologischer Rahmen vorgegeben werde.

Die **UWG-Fraktion** merkte an, dass das städtebauliche Konzept im Hinblick auf den größten Baukörper und den Anschluss an die Marienstraße optimiert werden könne.

**Beschlussempfehlung:**

1. **Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB wird gefasst.**

2. Das Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB wird beschlossen. (Das Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe – ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

**12 Sachstand zur Umsetzung des Parkraumkonzeptes**

---

Die **Verwaltung** erläuterte den Sachstand zur Umsetzung des Parkraumkonzeptes (hier wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen) und sprach sich dafür aus, die Planung für die Anlegung eines Parkplatzes am Fuße der Halde an der Friedrich-Ebert-Straße weiter zu verfolgen.

Die **SPD-Fraktion** kritisierte die bisherige Umsetzung des Parkraumkonzeptes. Der Parkplatz des Getränkemarktes trinktut an der Friedrich-Ebert-Straße eigne sich ihrer Meinung nach optimal als öffentlicher Parkplatz in zentrumsnähe. Die Verwaltung solle diese Idee weiterverfolgen.

Die **UWG-Fraktion** erklärte, dass ihr die neue Planung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Parkplatzes besser gefalle und sie diesem zustimmen werde.

Die **CDU-Fraktion** unterstrich die Notwendigkeit der zentrumsnahen Parkplätze und regte an, eine Querungshilfe für Fußgänger im Bereich des neuen Parkplatzes einzurichten.

**Beschluss:**

1. Die Mitteilung des Sachstands zur Umsetzung des Parkraumkonzeptes wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die Anlegung eines Parkplatzes am Fuß der Halde an der Friedrich-Ebert-Straße weiter zu verfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zu 1: Einstimmig.

Zu 2: 10 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen

**13 Antrag der FDP-USPD-Fraktion vom 22.06.2018 gem. § 4 GeschO betr. Verkehrssituation Talstraße 39-51**

---

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

#### 14 Erweiterungen zur Tagesordnung

---

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

#### 15 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

---

Es lagen keine Berichte und Mitteilungen der Verwaltung vor.

#### Anfrage der SPD-Fraktion:

---

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass die Baumscheiben in Boscheln im Bereich der Roermonder Straße von dem über einen Rahmenvertrag beauftragten Unternehmen sukzessive wiederhergestellt werden. Mit der Fertigstellung sei zeitnah zu rechnen.

**Ausschussvorsitzender Walther** schloss um 18.50 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine fünfminütige Pause an.

Walther  
Ausschussvorsitzender

Gündling  
Schriftführerin